

Annahme der städtischen Preis- erhöhungen.

Sitzung des Gemeinderates vom 26. Zur

Wie nicht anders zu erwarten war, hat auch der Gemeinderat den angekündigten Erhöhungen der Fahrpreise der städtischen Straßenbahnen, der Gas- und Strompreise seine Zustimmung erteilt. In einem Punkte ging er sogar über die Stadtratsanträge hinaus, indem er nämlich auf Antrag des Dr. Schwarz-Hiller den Preis für die Fahrt in die Freudenau auf eine Krone erhöhte.

Die Vorlagen vertrat Vizebürgermeister Hof, der in der Begründung der Erhöhung der Fahrpreise darauf hinwies, daß die Preise jetzt noch immer billiger sein werden, als sie in der Aera Reichs waren, wo zum Beispiel eine Fahrt von Dornbach zum Zentralfriedhof 66 Heller kostete. Bezüglich der Gas- und Strompreise bemerkte der Referent, daß die großen Städte im In- und Auslande schon viel früher mit den Preisen hinaufgingen. Wien werde trotz der Erhöhung noch immer zu den Städten gehören, die relativ billige Gaspreise haben.

Liberalen und Sozialdemokraten bemühten sich vergeblich, von der Bevölkerung die neuen Lasten fernzuhalten. So erklärte Gemeinderat Kestadt, daß er wohl der Not gehorchend, den Erhöhungen der Gas- und Strompreise zustimme, in eine Verteuerung der Straßenbahn aber nicht willigen könne. Eine Erhöhung von 16 auf 22 S. sei geradezu kolossal und keineswegs durch den Umstand, daß hiedurch „die Manipulation bedeutend erleichtert werde“, zu rechtfertigen. Gemeinderat Dr. Granitsch erklärte, er wäre weit eher für eine Erhöhung der Umlagen zu haben und nannte es „oberflächlich“, daß nicht andere Möglichkeiten für Mehreinnahmen erwogen wurden, ein Anwurf, den der Bürgermeister zurückwies.

Gmr. Biehlolawek wandte sich nur gegen die Erhöhung der Fahrpreise in die Freudenau, die er als eine gehässige, demagogische Maßnahme brandmarkte. Er machte geltend, daß die Rennen in der Freudenau allein an Steuern K. 100.000 einbringen, daß Arbeiter und Geschäftsleute viel durch sie verdienen und daß die Leute nach den Sorgen und Mühen des Tages auch ein paar Stunden des Vergnügens haben müssen. Leben und leben lassen, rief er seinen Kollegen zu, es geht nicht an, daß man den Gewerbebestand und die Industrie ruiniert.

Auf seine Rede reagierten die Gemeinderäte Skaret und Kunschak, die auf dem Standpunkt standen, daß man in dieser schweren Zeit sein Vergnügungsbedürfnis unterdrücken müsse. Gemeinderat Skaret meinte, es sei eine gehässige Maßregel, wenn man den Frühtarif erhöhe, Gemeinderat Kunschak hinwieder bezeichnete es als besonders hart, daß die Tarifierhöhungen auch für Sonn- und Feiertage gelten sollen, wo der Arbeiter mit Frau und Kind ins Freie hinaus wolle. Er bitte der Frage näher zu treten, auf welchem Wege an diesen Tagen für Arbeiterfamilien ein ertäglicher Tarif hergestellt werden kann. Machen Sie, sagte er, es in der Form von billigen Hin- und Rückfahrkarten, von billigen Ausflugskarten oder Familienkarten, aber gemacht muß es werden. Ich stelle keinen Antrag, erwarte aber, daß Referent, Stadtrat und Direktion aus eigenem heraus dieses Bekenntnis der Liebe zu den Kindern des Volkes dem Gemeinderat zur Beschlußfassung unterbreiten werden.

Zu der Erhöhung der Beleuchtungspreise sprach nur Gemeinderat Stein, der erklärte, er werde gegen diese höchst antisoziale Maßregel stimmen.

Die Budgetdebatte.

Nach Annahme der Preisserhöhungen setzte der Gemeinderat die Budgetdebatte fort. Gemeinderat Eglauer besprach die Kriegszentralen und das Steuersystem und beantragte, daß behufs Erschließung ausreichender und entwicklungsfähiger Einnahmequellen für die Zeit nach dem Krieg ein Finanzplan ausgearbeitet werde.

Gmr. Klauß beschäftigte sich mit der rationalen Ausnützung der Gas- und Elektrizitätswerke und wünschte, daß die Bevölkerung nicht durch überflüssige Maßnahmen verbittert werde, wie langes Anstellen auf den Bahnhöfen, Rauchverbot auf der Elektrischen usw.

Nachdem noch Gmr. Ullrich gesprochen hatte, wurde die Debatte abgebrochen und auf heute vertagt.